



Pastor van Dalen (Holland): Die Welt schreitet nach Frieden

„Wir haben genug von der NATO“ — Genf muß Friedensvertrag für Deutschland den Weg ebnen — Ein Christ mahnt die Christen

● 1. In bezug auf die am 11. Mai in Genf beginnenden Beratungen der Außenminister habe ich voll und ganz den Wunsch, daß die Minister zuerst mit klarem Auge und Gewissen, Herzen und Denken die Millionen Männer, Frauen und Kinder in der ganzen Welt vor sich sehen, die das Leben der Menschen nicht bedroht wissen wollen vom Atomkrieg und den Kriegsgöttern: Haß, Zerstörung und Elend! Wir alle wollen Frieden und Freundschaft!

Die große Mehrheit der Menschen in der Welt hat zwischen dem Weg, der zum Frieden führt, und der Perspektive einer verzweifelt Welt im Schatten der Ungewißheit und Sorge zu entscheiden. Und die Welt fragt klar nach dem Frieden! Die Welt schreitet nach Frieden! Der Frieden schreitet nach der Welt!

Wie können sie sich finden? Ich



Pastor Dr. W. S. Hugo van Dalen

glaube, manche wagen den Weg zum Frieden nicht, weil sie in ihm den Hüter einer neuen Welt fürchten, einer Welt ohne die Lüge der NATO. Wir haben genug davon. Wir sehen uns nach der neuen Welt, nicht nach der „freien Welt“ im Westen!

Ich hoffe, daß man in Genf für einen Friedensvertrag mit Deutschland arbeitet, für den guten Weg des Rapackiplanes, für die sofortige Einstellung der Atombombenversuche, für das absolute Verbot der Atomwaffen, daß man an der gegenseitigen Wertschätzung und im Geiste der Freundschaft der Völker arbeitet, die den gleichen Gefahren ausgesetzt wären.

● 2. Der Abschluß eines Friedensvertrages mit Deutschland gehört zu den wichtigsten Elementen der Stabilisierung des Friedens in diesem Teil der Welt. Der Friedensvertrag mit Deutschland ist die Bedingung für eine rasche Regelung des deutschen Problems im allgemeinen und der Frage Berlin im besonderen. Als Zeichen des Friedensgeistes hat es die Welt aufgenommen, daß es zu

(NW) DER NEUE WEG richtete vor wenigen Tagen an europäische christliche Persönlichkeiten eine Umfrage zur Genfer Außenministerkonferenz. Die vier auf dieser Seite abgedruckten Briefe sind die ersten, die daraufhin aus Frankreich, Holland, der CSR und der Schweiz eingingen. Ihnen allen ist eines gemeinsam: Der Wunsch des echten Christen nach Frieden, nach Entspannung der internationalen Lage, die Sorge um das Schicksal Deutschlands, das

durch einen Friedensvertrag in die rechten und guten Bahnen gelenkt werden kann und muß. Unsere Fragen lauten: ● 1. Welche Hoffnungen haben Sie in bezug auf die Genfer Außenministerkonferenz? ● 2. Welche Bedeutung messen Sie einem Friedensvertrag mit Deutschland bei? ● 3. Welche Probleme sollten nach Ihrer Meinung in Genf als wirksame Beiträge für die internationale Entspannung tatkräftig in Angriff genommen werden?

diesen Punkten mehrere Vorschläge gibt, vor allem aus dem sozialistischen Lager. Stellen wir noch einmal ausdrücklich fest, daß die Noten und Erklärungen der immer inspirativ arbeitenden und denkenden Sowjetunion die internationale Politik aus ihrer Erstarrung gelöst hat.

● 3. Das Problem des Vertrauens und des klaren Seins ist wohl zuerst als wirksamer Beitrag für die internationale Entspannung zu stellen und tatkräftig in Angriff zu nehmen. Man muß lernen, einander als Menschen in einer Welt zu sehen, die sich zu tiefst nach Frieden sehnt. Das Wesen einer wirklichen Ethik besteht doch gerade darin, daß sie den individuellen Horizont ins Universelle erweitert und dem einzelnen gegenüber die Gesamtordnung des Lebens geltend macht. Das ist nimmer einfach,

denn Hetze und Lüge trüben allzu oft den Blick, und viele Voreingenommenheiten müssen weggeräumt werden. Wie ein Leitfadent müßte sich durch die Konferenz in Genf der Ausspruch von Henri Barbusse ziehen: „Wenn man sich erinnern würde, gäbe es keine Kriege mehr!“

Sofortige Einstellung der Atombombenversuche, absolutes Verbot der Atomwaffen, notwendiges Verbot der Militärstützpunkte, der Errichtung von Abschubrampen für Atomraketen, dazu das Verbot der Überfliegung von Territorien durch Flugzeuge, die A- und H-Bomben tragen, sowie ganz primär auch das Problem Berlin, die Abrüstung, der Rapacki-Plan, die Gesundmachung und Wiedervereinigung Deutschlands auf der Grundlage der regenerierenden volksdemokratischen Durchströmungsmöglichkeit — alle diese Fragen können, durchdacht und durch-

gesprochen, wirksame Beiträge zur Lösung der heutigen Krise sein. Aber dabei muß man ganz klar sehen, daß nicht, wie gewisse westliche „Spezialisten“ und, traurig genug, auch kirchliche Zeitungen und Vertreter von Kirchenleitungen glauben machen wollen, das Bestreben verschiedener Wirtschafts- und Sozialsysteme eine der Hauptursachen für die Spannung und den kalten Krieg ist. Das Bestehen dieser verschiedenen Systeme ist eine Tatsache, die man erkennen muß, wenn man nicht Gefahr laufen will, die Bemühungen um eine Regelung der Streitfragen, die Ursachen der Spannung sind und Kriegsgefahren in sich bergen, zwecklos zu machen.

Ich hoffe auch sehr, daß die westliche Presse sich ethisch und korrekt, ehrlich und menschlich verhalten wird in Information und Nachricht über die Konferenz! Täuschende

Nachrichten und Informationen können wir doch reichlich zu reichlich und überflüssig genießen, unsere „freie Welt“ ist darin sehr freigebig.

Dabei hoffe ich auch, daß die westlichen Kirchen und ihre Leiter nicht nur ängstlich und peinlich herabsetzend oder fromm-apathisch in der Ecke stehen bleiben, sondern kräftig ihre Stimme erheben, eine Welt des Friedens fordern und sich für sie einsetzen. Es ist nämlich schade, daß zum Beispiel die Niederländische Kirche noch immer nicht klar und deutlich die Atom-bombe abgelehnt hat. Unser Volk wartet darauf noch immer! Das Leben muß geschützt werden! Ist der Zugang zum Leben und Glück den Völkern versperrt, so hat die Kirche meist selber die Schlüssel verlegt. Willen wir als Christen das niemals vergessen! Mit der Kirche der Deutschen Demokratischen Republik bete ich um den Frieden und die neue Welt. Ich kämpfe mit allen in der Welt, die am Frieden bauen!

Hugo van Dalen

Skandalös: Nach 14 Jahren noch kein Vertrag!

Abbé Boulier (Paris): de Murville nicht Vertreter des französischen Volkes in Genf

● 1. Für einen Franzosen werden die Hoffnungen, die sich an die bevorstehende Konferenz in Genf knüpfen, durch die Haltung der Regierung de Gaulle getrübt. Die Positionen, die General de Gaulle in den Deutschland betreffenden Fragen einnimmt, sind mit den wahren Interessen des deutschen Volkes, mit den Forderungen nach Frieden und mit der Zusammenarbeit zwischen den Völkern nicht vereinbar. Es ist zu wünschen, daß der Vertreter de Gaulles bei der Konferenz in Genf keine Gelegenheit erhält, diese wenig französischen Auffassungen vorzubringen, denn sie sind weder von einer echten Sorge um die wahren Interessen Frankreichs noch von einem einsichtsvollen Internationalismus bestimmt. Persönlich vermag ich nicht zu verstehen, wie de Gaulle von seiner Opposition gegen die Europäische Verteidigungsgemeinschaft zur ganz offenen zur Schau getragenen Unterwerfung unter die Wünsche Adenauers gelangen konnte. Diese Unterwerfung hat Couve de Murville zur persona gratisima in Bonn werden lassen. Daß Couve de Murville nach Genf geht und dort einen Willen zum Ausdruck zu bringen gedenkt, der jedem Kompromiß abgeneigt ist, muß größte Besorgnis für den Erfolg der Konferenz hervorrufen. Er wird eine persönliche und sich über die Meinung des französischen Volkes

hinwegsetzende Macht vertreten, die die Mittel hat, die Meinung des französischen Volkes zu ignorieren, und dies auch tatsächlich tut. Das ist kein Element, das einer politischen Entwicklung günstig wäre, die uns vom kalten Krieg zur loyalen Annahme des Prinzips der friedlichen Koexistenz unter den Völkern führen soll.

● 2. Es ist skandalös, daß 14 Jahre nach Beendigung der Feindseligkeiten noch kein Friedensvertrag die Lage Deutschlands in Europa und in der Welt geregelt hat. Mit einer solchen Situation könnte man sich nur dann einverstanden erklären, wenn man der endgültigen Teilung Deutschlands zustimmen würde. Dann aber müßte man getrennt mit jedem der beiden deutschen Staaten auch über den Friedensvertrag, also über zwei Friedensverträge verhandeln. Hier liegt der Kern des Problems.

Eine einzige Lösung scheint mir realistisch und zukunftsstrahlig zu sein: die sofortige Bildung einer ständigen Kommission durch die beiden deutschen

Mitteilungen auf eine solche Vereinbarung gerichtet sind.

● 3. Es bleiben besondere Fragen: der Status von Berlin, die Schaffung einer entmilitarisierten Zone zwischen den beiden gegenüberstehenden Blöcken. Nötig wäre die Einigkeit unter den Alliierten, wie sie 1945 bestand. Nötig wäre, ausgehend von dieser Einigkeit, eine aufrichtige und wirksame Anwendung der Charta der Vereinten Nationen zu gewährleisten. Nötig wäre der Verzicht auf den kalten Krieg und die Schaffung konkreter Bedingungen für die internationale Zusammenarbeit.

von Boulier

Atombewaffnung ausgeschlossen!

Von Prof. Dr. Karl Barth (Basel)

● 1. Ich hoffe, daß dort im Bewußtsein der Verantwortlichen aller Beteiligten für die bedrohte Zukunft der in allen Ländern, Völkern und Staaten lebenden Menschen verhandelt werden möchte. Ich erwarte, daß die Beratungen schwierig sein werden, daß sie aber bei beiderseitiger Willigkeit, ernstlich zu verhandeln und unter allen Umständen zu mindestens vorläufig brauchbaren Ergebnissen zu kommen, nicht aussichtslos sein müssen.

● 2. Ein Friedensvertrag mit Deutschland wird den Frieden und die Sicherheit in Europa dann — und nur dann — gewährleisten, wenn er ein Element einer möglichst umfassenden Bereinigung des Verhältnisses zwischen den „östlich“ und den „westlich“ regierten und organisierten Völkern und Staaten bildet.

● 3. Entscheidend für die Behandlung des vordringlichen Problems dieser internationalen Bereinigung wird auf alle Fälle dies sein: daß sie die Anerkennung eines der beiden Machtgruppen gegenüber selbständigen, aber auch zwischen ihnen vermittelnden Komplexen von neutralen Völkern und Staaten in sich schließt. Wichtigstes Element ist ein nach außen — sei es „vereinigtes“, sei es zunächst nur „konföderiertes“, aber auf stufenweise Wiedervereinigung ausgerichtetes — Konföderationsdeutschland. Neutralisierung Deutschlands bedeutet: 1. Vertragliche Festlegung und Garantie (unter Vorbehalt von Sanktionen) der Existenz eines nach außen beiderseits unabhängigen (sei es „vereinigtes“, sei es vorläufig „konföderiertes“) deutschen Staatsgebildes. 2. Ent-

lassung des jetzigen deutschen Weststaates aus dem NATO-Pakt, des jetzigen deutschen Oststaates aus dem Warschauer Pakt und definitiver Ausschluss entsprechender deutscher Bindungen für die Zukunft. 3. Abzug aller fremden Besatzungstruppen aus den beiden jetzigen deutschen Staatsgebieten. 4. Garantie der Freiheit des deutschen Volkes beider jetzigen deutscher Staaten, sich über die Ordnung seiner politischen und gesellschaftlichen Zukunft zu entscheiden.

Erweise sich die Erarbeitung einer beiden Volksteilen konventionen Verfassung als undurchführbar, so würden an die Stelle der einen gemeinsamen Verfassung vorläufig zwei verschiedene — und also an die Stelle eines „vereinigten“ ein bis auf weiteres nur „konföderiertes“ Deutschland treten.

1. Einschränkung der deutschen Rüstung auf die unbedingten Erfordernisse a) des Schutzes der (sei es gemeinsamen, sei es vorläufig verschiedenen) verfassungsmäßigen Ordnung, b) des deutschen Beitrags zur Sicherung der deutschen Unabhängigkeit nach außen. Diese Rüstungsbeschränkung wäre im Fall eines vorläufig bloß „konföderierten“ Deutschlands in beiden deutschen Staaten gleichmäßig durchzuführen und aufrechtzuerhalten.

Atomare Bewaffnung der deutschen Armee (bzw. Armeen) kommt nicht in Frage.



Prof. Dr. Karl Barth

Im Sinne des göttlichen Gebotes

Von Prälat Antonin Stehlik, Kapitularvikar (Prag)

● 1. Auch wir katholischen Geistlichen sehen erwartungsvoll den Beratungen der Vertreter der Großmächte an der für den 11. Mai 1959 in Genf festgesetzten Sitzung entgegen, denn nur ein dauernder Frieden und eine friedliche Zusammenarbeit nach allen Richtungen hin und zwischen allen Völkern, gestützt auf gegenseitiges, vollkommenes Vertrauen aller friedliebenden Nationen, kann die ständige Kriegsbedrohung beseitigen. Diese Kriegsbedrohung nämlich beunruhigt alle Völker und stellt durch enorme finanzielle Ausgaben für die Erhaltung von Armeen ein gefährliches Hindernis für ihre kulturelle und wirtschaftliche Entwicklung dar.

● 2. Deutschland, heute in zwei Staaten verschiedener politischer Anschauung getrennt, nimmt in der Mitte Europas eine Sonderstellung ein. Sein Ziel sollte es sein, auf dem Wege einer Konföderation zu einem einzigen Staat zu werden, den schon seine Lage zum Bindeglied zwischen den Staaten West-

und Osteuropas vorbestimmt und der ein sehr wirksames Bindeglied des gegenseitigen Zusammenlebens darstellt.

● 3. Vor allem muß die Drohung eines Atomkrieges beseitigt werden, die eine ernste Gefahr für die ganze Welt bedeutet. Es ist notwendig, eine Zusammenarbeit der menschlichen Kräfte nach allen Richtungen zu entfalten, und das sowohl auf kultureller, als auch wirtschaftlicher und wissenschaftlicher Grundlage. Diese Zusammenarbeit würde besonders für die europäischen Völker nicht nur eine weitere Erhöhung ihres Lebensstandards bedeuten, sondern sie auch kulturell erheben. Die Beseitigung der ständigen Atomkriegsbedrohung würde dann auch die erhoffte Gemütsberuhigung, Arbeitsfreude und Befestigung der gegenseitigen Bruderschaft im Sinne des göttlichen Gebotes — der Liebe — bringen.

Prälat Antonin Stehlik



Abbé Boulier

Staaten für die Schaffung einer Konföderation. Die friedliche Koexistenz der beiden deutschen Staaten würde das Vorbild für die friedliche Koexistenz der beiden Systeme, die sich in die Welt teilen, sein. Will Adenauer Sachsen, Brandenburg und Mecklenburg vom Deutschland von morgen ausschließen? Das ist absurd, denn könnte man sich ein Deutschland ohne Wittenberg, ohne Weimar, ohne Dresden, ohne Leipzig, ohne Berlin und ohne — die Wartburg überhaupt vorstellen?

Verhandlungen zwischen Bonn und Berlin sind notwendig. Sie können, sie müssen zum Ziele führen, wenn die Vier zu einer Vereinbarung über das Prinzip gelangen und ihre Be-

Karl Barth

noch kein Vertrag!

französischen Volkes in Genf

Stre-mühungen auf eine solche Vereinbarung gerichtet sind.

● 3. Es bleiben besondere Fragen: der Status von Berlin, die Schaffung einer entmilitarisierten Zone zwischen den beiden gegenüberstehenden Blocks. Nötig wäre die Einigkeit unter den Alliierten, wie sie 1945 bestand. Nötig wäre, ausgehend von dieser Einigkeit, eine aufrichtige und wirksame Anwendung der Charta der Vereinten Nationen zu gewährleisten. Nötig wäre der Verzicht auf den kalten Krieg und die Schaffung konkreter Bedingungen für die internationale Zusammenarbeit.

Jean Böling



Prof. Dr. Karl Barth

Atombewaffnung ausgeschlossen!

Von Prof. Dr. Karl Barth (Basel)

● 1. Ich hoffe, daß dort im Bewußtsein der Verantwortlichkeit aller Beteiligten für die bedrohte Zukunft der in allen Ländern, Völkern und Staaten lebenden Menschen verhandelt werden möchte. Ich erwarte, daß die Beratungen schwierig sein werden, daß sie aber bei beiderseitiger Willigkeit, ernstlich zu verhandeln und unter allen Umständen zu mindestens vorläufig brauchbaren Ergebnissen zu kommen, nicht aussichtslos sein müssen.

● 2. Ein Friedensvertrag mit Deutschland wird den Frieden und die Sicherheit in Europa dann – und nur dann – gewährleisten, wenn er ein Element einer möglichst umfassenden Bereinigung des Verhältnisses zwischen den „östlich“ und den „westlich“ regierten und organisierten Völkern und Staaten bildet.

● 3. Entscheidend für die Behandlung des vordringlichen Problems dieser internationalen Bereinigung wird auf alle Fälle dies sein: daß sie die Anerkennung eines den beiden Machtgruppen gegenüber selbständigen, aber auch zwischen ihnen vermittelnden Komplexes von neutralen Völkern und Staaten in sich schließt. Wichtigstes Element ist ein nach außen – sei es „vereinigtes“, sei es zunächst nur „konföderiertes“, aber auf stufenweise Wiedervereinigung ausgerichtetes – konsequent neutralisiertes Deutschland.

Neutralisierung Deutschlands bedeutet: 1. Vertragliche Festlegung und Garantie (unter Vorbehalt von Sanktionen) der Existenz eines nach außen beiderseits unabhängigen (sei es „vereinigten“, sei es vorläufig „konföderierten“) deutschen Staatsgebildes. 2. Ent-

lassung des jetzigen deutschen Weststaates aus dem NATO-Pakt, des jetzigen deutschen Oststaates aus dem Warschauer Pakt und definitiver Ausschluß entsprechender deutscher Bindungen für die Zukunft. 3. Abzug aller fremden Besatzungstruppen aus den beiden jetzigen deutschen Staatsgebieten. 4. Garantie der Freiheit des deutschen Volkes beider jetziger deutscher Staaten, sich über die Ordnung seiner politischen und gesellschaftlichen Zukunft zu entscheiden.

Erwiese sich die Erarbeitung einer beiden Volksteilen konvenienten Verfassung als undurchführbar, so würden an die Stelle der einen gemeinsamen Verfassung vorläufig zwei verschiedene – und also an die Stelle eines „vereinigten“ ein bis auf weiteres nur „konföderiertes“ Deutschland treten.

5. Einschränkung der deutschen Rüstung auf die unbedingten Erfordernisse a) des Schutzes der (sei es gemeinsamen, sei es vorläufig verschiedenen) verfassungsmäßigen Ordnung, b) des deutschen Beitrags zur Sicherung der deutschen Unabhängigkeit nach außen. Diese Rüstungsbeschränkung wäre im Fall eines vorläufig bloß „konföderierten“ Deutschlands in beiden deutschen Staaten gleichmäßig durchzuführen und aufrechtzuerhalten.

Atomare Bewaffnung der deutschen Armee (bzw. Armeen) kommt nicht in Frage.

Karl Barth